

SPARPAKET

STOPPEN

**Streichen bei den Reichen
statt kürzen bei den Armen**

**Aktionsprogramm der SAV
gegen Sparpaket
und Gesundheitsreform**



SAV *Sozialistische
Alternative* ■

Am 26. November will Schwarz-Gelb im Bundestag ihr Sparpaket beschließen. Bis zum Jahr 2014 sollen 80 Milliarden Euro „eingespart“ werden. Vize-Kanzler Guido Westerwelle (FDP) bezeichnete die Gesetzesvorlage als „fair und gerecht“. Wenn der Chef der Partei der Besserverdienenden von Gerechtigkeit spricht, dann ist Vorsicht angesagt!

Was mit dem Sparpaket auf uns zukommt

Sobald wir dieses Päckchen aufschneiden, wird schnell klar, dass es sich um eine Moglepackung handelt. Es wird nicht gespart, sondern gekürzt - vor allem beim Etat „Arbeit und Soziales“. Hier wird ein Zehntel der Ressort-Gelder zusammengestrichen:

- **Streichung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger**
- **Wegfall der vom Bund gezahlten Rentenversicherungsbeiträge für Langzeitarbeitslose**
- **Kürzung des befristeten Zuschlags auf das Arbeitslosengeld II**
- **Abschaffung vom Elterngeld für Erwerbslose: Damit werden den Betroffenen 20 Prozent, in bestimmten Fällen sogar bis zu 32 Prozent ihrer Einkommen geklaut**
- **Stellenabbau: Bis zu 10.000 Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst sollen plattgemacht werden**

Gesundheitsreform, Rente mit 67 und Kürzungen in Ländern und Kommunen

Mit ihren Gesundheitsvorhaben gibt Kanzlerin Angela Merkel (CDU) den Krankenkassen eine Lizenz zum Abkassieren. Zum einen werden die Beiträge ab 1. Januar 2011 auf 15,5 Prozent erhöht. Zum anderen dürfen die Kassen Zusatzbeiträge von bis zu zwei Prozent des Bruttoeinkommens erheben. Damit will man, so FDP-Gesundheits-„Expertin“ Ulrike Flach, den „Umstieg in ein System (...) einkommensunabhängiger Prämien schaffen“. Dieser „Umstieg“ ist nichts anderes als der Einstieg in die Kopfpauschale – dem Hartz IV im Gesundheitswesen!

In einem der reichsten Länder der Welt ist Altersarmut längst Realität. Das Bild von alten Menschen, die in Mülleimern nach Pfandflaschen suchen, gehört zum Alltag - durch die Teilprivatisierung der Rente und durch die Erhöhung des Renteneintrittsalters. Da immer weniger Beschäftigte bis 65 arbeiten können, bedeutet die schrittweise Erhöhung auf 67 Jahre eine direkte Kürzung der Ren-

te. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) schätzt, dass im Jahr 2030 in Ostdeutschland 37 Prozent aller RentnerInnen in Armut leben werden (weil sie nur 600 Euro und weniger aus der gesetzlichen Rentenkasse erhalten).

Nicht nur im Bund, auch in Ländern und Kommunen wird der Rotstift gezückt. Laut Gewerkschaft ver.di planen über 80 Prozent aller Städte Gebühren- oder Steuererhöhungen. Knapp die Hälfte der Kommunen will

Hartz IV

16,5 Cent mehr am Tag

Am Verarmungsgesetz wird wieder herumgedoktert. Im Februar gab das Bundesverfassungsgericht vor, dass eine bedarfsgerechte Bezahlung erfolgen soll. Für die Regierung zählt aber nicht der wirkliche Bedarf der 6,7 Millionen Betroffenen, sondern die Kas-senlage. Fünf Euro täglich mehr sollen jetzt genehmigt werden.

die Eintrittspreise für Bäder, Theater, Museen aufsetzen, ein Drittel die Beiträge für Kitas

und Ganztagschulen.

Umverteilungspolitik

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) wird nicht müde, sein Sparpaket mit den leeren Kassen und den hohen Schulden zu begründen. Dass diese Regierung aber keine Spar-, sondern eine Umverteilungspolitik betreibt, zeigt sich Tag für Tag.

Beispiel I – Luftverkehrsabgabe:

„Alle werden doch zur Kasse gebeten – auch die Unternehmen.“ Das behaupten die Regierenden. Ein Blick auf die Flugunternehmen macht aber sofort klar, wer am längeren Hebel sitzt. Ab 2011 werden pro Flug je nach Entfernung Steuern von acht, 25 oder 45 Euro erhoben, die flugs auf die Fahrgäste umgelegt werden. Und zwar schon jetzt: Wer heute ein Ticket für Januar bucht, unterliegt bereits dieser Steuer.

Beispiel II – Hypo Real Estate:

Nachdem die Bank bereits mit 100 Milliarden Euro aufgepöppelt wurde, beteiligten sich Regierungsvertreter eine halbe Woche

vor der ersten Lesung des Haushalts im Bundestag daran, noch mal 40 Milliarden Euro an Garantien zu mobilisieren. Eine Verschleuderung von Steuergeldern – damit Zockerbanken vor Ausfällen in Höhe von geschätzten 36 Milliarden Euro geschützt werden!

Kurz darauf wurde auch noch bekannt, dass die HRE-Manager im letzten Geschäftsjahr 25 Millionen Euro Boni einstreichen durften.

Beispiel III – Atommafia:

Anders als bei den neuen Kürzungen für Erwerbslose ist die Brennelementesteuer befristet – bis 2016. Zudem müssen die Stromriesen im Fall von Nachrüstungen bei AKWs nur maximal 500 Millionen Euro selber aufbringen. Alles in allem winkt den vier großen Atomkonzernen eine „strahlende“ Zukunft: Laut Öko-Institut werden die Zusatzgewinne von E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall durch die von der Bundesregierung zugestandene Laufzeitverlängerung 57 Milliarden Euro betragen.

Nur die Spitze des Eisbergs

Mit Schäubles Sparpaket ist längst nicht das Ende der Fahnenstange erreicht. Im Gegenteil. Wie kürzlich erst bekannt wurde, liegt ein Gutachten in den Schubladen des Finanzministeriums, das drastische Erhöhungen der Mehrwertsteuer, also der Massenverbrauchssteuer, vorsieht. FDP-Wirtschaftsminister Rainer Brüderle plant weitere Rentenkürzungen. Und sein Parteikollege Philipp Rösler denkt laut über Eintrittsgelder für jeden Arztbesuch nach.

Dabei boomt es doch wieder, oder? Fakt ist, dass Beschäftigte und Erwerbslose immer den Gürtel enger schnallen sollen – egal ob Aufschwung oder Abschwung. Fakt ist aber auch:

Schaut man genauer hin, dann ist Brüderles „Aufschwung XL“ eher ein Aufschwung XS. „Trotz des hohen Wachstums hat die deutsche Wirtschaft bislang erst 60 Prozent des Einbruchs wieder aufgeholt, der durch die Finanzkrise verursacht wurde“, so Jörg Krämer, Chefvolkswirt der Commerzbank. Selbst wenn sich die konjunkturelle Erholung fortsetzen sollte, würde erst in zwei, drei Jahren das Niveau von 2008 wieder erreicht werden.

Wenn! Schließlich kriselt es in Südeuropa und den USA weiter. Außerdem existieren in der Weltwirtschaft nach wie vor gewaltige Überkapazitäten. Und dem Wachstumsmotor China droht jederzeit ein Platzen der Immo-

bilienblase. Ganz schnell können (wegen der Exportabhängigkeit) somit auch in Deutschland wieder Betriebe vor dem Aus stehen, Zehntausende von Entlassungen drohen.

In Griechenland werden die Einkommen der Staatsbeschäftigten gerade um 20 bis 30 Prozent zusammengekürzt. In Großbritannien will die neue Regierung von Konservativen und Liberalen über 700.000 Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst abbauen. International sprangen die Regierungen ein, machten über Nacht gigantische Summen locker, um Banken und Konzerne vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Für diese Rettungsmaßnahmen wird jetzt Beschäftigten, Erwerbslosen, RentnerInnen, Jugendlichen die Rechnung präsentiert. Überall – auch in Deutschland.

Es gibt eine Alternative zum sozialen Kahlschlag! Für einen sozialistischen Ausweg aus der kapitalistischen Sackgasse

Der ehemalige Daimler-Vorstandsvorsitzende Jürgen Schrempp hat zumindest einmal die Wahrheit gesagt. Auf die Frage, worum es in diesem Wirtschaftssystem ginge, antwortete er: „Profit, Profit, Profit.“ Die DAX-30-Konzerne und 150 weitere Unternehmen dominieren über 80 Prozent der Wirtschaft in Deutschland. Den Konzernherren und ihren Handlangern in der Politik geht es nur um das schnelle Geld, auf die langfristigen Bedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit und der Um-

- **Weg mit dem Sparpaket**
- **Millionärssteuer von zehn Prozent jetzt**

Wie kam es zur Schuldenkrise? Erst plünderten die Herrschenden die öffentlichen Kassen, setzten auf Privatisierung und Umverteilung – als Antwort auf das Ende des kapitalistischen Nachkriegsaufschwungs in den Siebzigern. Dann verschuldeten sich private Unternehmen, um zu spekulieren und Firmen aufzukaufen (zudem wurden vielen Verbrau-

Armut und Reichtum

„Armer Mann und reicher Mann, standen da und sah'n sich an. Und der Arme sagte bleich: Wär' ich nicht arm, wärst du nicht reich!“

(Bertolt Brecht)

- Jeder Siebente lebt in Deutschland in Armut (DIW)
- 779.300 Millionäre verfügen (ohne eigen-genutzte Immobilien) im Schnitt über jeweils 2,65 Millionen Euro („D.A.CH Vermögensreport 2010“ des Investmenthauses Valluga AG)
- Die Lohnquote – Anteil der Löhne (brutto) am Volkseinkommen – brach zwischen dem Jahr 2000 und 2008 von 72,2 auf 65,2 Prozent ein (Statistisches Bundesamt), ein Verteilungsverlust für die Beschäftigten von 596,8 Milliarden Euro in acht Jahren!

welt nehmen sie keine Rücksicht.

Die Sozialistische Alternative - SAV ist hingegen der Ansicht, dass sich die Forderungen der arbeitenden Menschen nicht an den Interessen der Banken und Konzerne orientieren dürfen, sondern an dem, was nötig ist. Ausgangspunkt können für uns nicht Konkurrenz und Profitlogik sein, sondern die enormen Möglichkeiten, die der gesellschaftliche Reichtum und das technologische Niveau eröffnen könnten.

chern Kredite aufgezwungen, um einen Konsum finanzieren, den sie sich gar nicht leisten konnten). Als die Party zu Ende war, sprang der Staat ein und übernahm durch die Banken-Rettungspakete und weitere Krisenmaßnahmen einen Großteil der privaten Schulden.

Die Kosten der Krise sollen jetzt auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt werden. Das

Sparpaket ist erst der Anfang. Wenn wir sie lassen... Nötig ist, dass wir den Kampf dafür aufnehmen, die Verursacher zur Kasse zu biten. Allen voran die knapp 800.000 Millionäre in der Bundesrepublik. Selbst bei einem Frei-

betrag von einer Million würde eine zehnprozentige Millionärssteuer rund 200 Milliarden Euro in die Kassen spülen – mehr als das Doppelte, was das Sparpaket erbringen soll!

- **Keine Kürzungen in Ländern und Kommunen: Für bedarfsgerechte Haushalte**
- **Anhebung der Gewerbesteuer in allen Kommunen auf einen einheitlichen Hebesatz**
- **Stopp der Zinszahlungen an die Banken**
- **Ausreichende Zuweisungen durch den Bund**

In Wuppertal sollen fünf Schwimmbäder, das Schauspielhaus und zwei Bibliotheken geschlossen, Zuschüsse für Kultureinrichtungen um 30 Prozent gekürzt und 1.000 Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst gestrichen werden. Wuppertal ist überall!

Überall sinken seit Jahren die Einnahmen aufgrund der Massenarbeitslosigkeit. Gleichzeitig steigen die Sozialausgaben. Und die unternehmerfreundliche Politik der Bundesregierungen belastet die Kommunen zusätzlich. So führte die letzte Unternehmenssteuerreform dazu, dass die Gewerbesteuereinnahmen im Aufschwungsjahr 2007 um 1,6 Prozent sanken. Jetzt strebt die Merkel-Regierung sogar die Abschaffung der Gewerbesteuer an. Durch neoliberale Entscheidungen, dem

Verkauf von „Tafelsilber“, verschärfte viele Kommunalpolitiker die Krise weiter.

Statt die Umverteilungspolitik des Bundes in den Ländern und Kommunen fortsetzen, muss dagegen Widerstand organisiert werden. Der Kampf kann in jeder Stadt begonnen werden – in dem Prestigeprojekte gestoppt und die Gewerbesteuer erhöht wird. Und warum den Banken immer mehr Gelder in den Rachen werfen? Warum nicht die Zinszahlungen stoppen und erklären: „Besser den Banken Gelder vorenthalten als den Bedürftigen!“ Wenn so die kapitalistischen „Sachzwänge“ gesprengt werden, müsste dies natürlich mit einer massenhaften Mobilisierung – zur Verteidigung von Arbeitsplätzen, Schwimmbädern und Jugendhäusern - verbunden werden.

- **Kostenlose Bildung für alle: Einen Ausbildungs-, Studien- oder Arbeitsplatz für jeden Jugendlichen**

Bei den letzten Bildungstreiks waren immer wieder Schilder zu lesen wie: „Suche reiche Eltern.“ Kein Wunder, hängt die Zukunft doch mehr und mehr vom eigenen Portemonnaie ab. (Laut Shell-Jugendstudie von September sehen sich bis zu 15 Prozent der Jugendlichen aus armen Familien von vornherein auf der Verliererseite.)

Bist du dafür, dass Kita, Schule, Berufs-

schule, Uni weiter komplett auf die Interessen der Konzerne zugeschnitten sein sollen? Oder bist du der Meinung, dass jedes Kind und jeder Jugendliche das Recht haben soll auf Selbstentfaltung, Selbstverwirklichung, auf eine Zukunft? Dann muss Schluss sein mit Kita-Gebühren, horrenden Kosten für Lernmittel, Turboabitur, Studiengebühren, Schmalspur-Ausbildungen!

- **Nein zur Kopfpauschale und allen Kürzungen im Gesundheitsbereich**
- **Abschaffung der privaten Krankenkassen und Zusammenführung aller Kassen zu einer einzigen öffentlichen Krankenkasse unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung**
- **Für ein öffentliches, kostenloses Gesundheitswesen**

Mit dem Einfrieren des Arbeitgeberbeitrags in der Gesundheitsversorgung wird der nächste Schritt zur Einführung der Kopfpauschale – gleicher Beitrag für alle, egal ob Hilfsarbeiter oder Spitzenverdiener - getan. Ziel von Schwarz-Gelb ist die Abschaffung der Sozialversicherung im Gesundheitswesen.

Angeblich gibt es seit Jahren eine Kostenexplosion im Gesundheitsbereich. Wahr ist, dass die Einnahmen sanken, während die Ausgaben gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) weitgehend konstant geblieben sind.

Die Förderung von privaten Krankenkassen

und von Zusatzversicherungen schwächt die Sozialversicherung gewaltig. Damit muss Schluss sein. Die Konkurrenz unter den Krankenkassen gehört beseitigt, die privaten Kassen abgeschafft. Stattdessen sollten alle Kassen zu einer einzigen öffentlichen Krankenkasse zusammengeführt werden.

Das BIP erhöhte sich in der Bundesrepublik seit 1970 pro Kopf um 65 Prozent (Statistisches Bundesamt). In Wissenschaft und Technik ist viel passiert. Darum wäre ein öffentliches, kostenloses Gesundheitswesen nicht nur wünschenswert, sondern längst realisierbar.

- **Absenkung des Renteneintrittsalters auf 60 Jahre**
- **Einführung einer Mindestrente von 750 Euro plus Warmmiete**

„Die Rente ist sicher“, tönte vor 20 Jahren der damalige CDU-Arbeitsminister Nobert Blüm. Stimmt. Aber nur für Abgeordnete, Minister und Manager. Nehmen wir Georg Funke, bis 2008 Vorstandsvorsitzender der Hypo Real Estate. Derzeit klagt er gegen seine Kündigung. Wenn er nächstes Jahr Erfolg hat, wofür ihn gute Chancen eingeräumt werden, kriegt er 3,5 Millionen Euro plus eine Rente von 47.000 Euro monatlich.

Die SPD will sich aktuell den Gewerkschaften anbieten. Darum hat sie die „Rente mit 67“ vorübergehend auf Eis gelegt – aber nicht fallen gelassen. Unter dem SPD-Minister Walter Riester wurde vielmehr die teilprivatisierte, kapitalgedeckte Rente eingeführt. Nötig ist dagegen eine Rente, von der man leben kann, statt sich fürs Überleben abstrampeln zu müssen. Nötig ist die Wiedereinführung der Rente mit 60 – wie sie bis 1992 galt.

- **Sofortige Abschaltung aller AKWs**
- **Atommafia enteignen**

Der Super-Gau im Atomkraftwerk Tschernobyl ereignete sich 1986. Das war vor 24 Jahren. Trotzdem ist die Region um das damalige AKW in der Ukraine bis heute unbewohnbar. Täglich kann ein neues Tschernobyl passieren. Darum müssen alle AKWs sofort vom Netz genommen werden. Das wäre auch möglich, ohne dass irgendwo in Deutschland ein Licht ausgehen würde. Denn es gibt genügend Überkapazitäten bei der Stromerzeugung. Zudem bestehen gewaltige Einsparpotenziale.

Viele Pläne zur Förderung regenerativer Energien liegen seit Langem in den Schubladen der Stromkonzerne. Da verstauben sie, weil sich die zunächst erforderlichen Investitionen für die Kapitalisten nicht rechnen. Abschalten können wir nur, was uns gehört! Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird erst möglich sein, wenn nicht mehr der Profit zählt! Darum müssen wir die Stromriesen in öffentliches Eigentum überführen.

- **Schluss mit Lohnverzicht: Kampf für einen Nachschlag**
- **Sofortige Einführung eines Mindestlohns von zehn Euro pro Stunde als erster Schritt zu einem Mindestlohn von zwölf Euro**

In den Aufschwungsjahren 2004 bis 2008

mussten die Beschäftigten unterm Strich

Reallohnverluste hinnehmen. In den Krisenmonaten war dann Verzicht wegen Kurzarbeitergeld oder Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich angesagt. Parallel dazu konnten die Kapitaleigner Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit einsacken. Und für 2010 rechnen die Dax-30-Konzerne schon wieder mit einem Gewinnzuwachs von 60 Prozent.

Die IG-Metall-Spitze ließ sich für 2010 auf eine Nullrunde ein. Das war ein Fehler. Darum ist es höchste Zeit, jetzt einen Nachschlag

- **Weg mit Hartz I bis IV**

- **Garantierte Mindestsicherung für Erwerbslose von 750 Euro plus Warmmiete**

Endlich hat es Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) eingesehen, sie will Hartz IV abschaffen. Das verkündeten die Medien am 15. September. Beim zweiten Hinhören war dann aber zu erfahren, dass sie nur den Begriff abschaffen möchte. Hartz IV soll nunmehr „Basisgeld“ heißen.

Nachdem mit den Hartz-Gesetzen Ein-Euro-Jobs geschaffen und der Niedriglohnssektor ausgebaut wurde, wird mit dem Sparpaket erneut vor allem auf die Erwerbslosen draufgeschlagen – um die Spaltung zwischen Arbeitslosen und lohnabhängig Beschäftigten weiter

zu fördern. Mindestens die sechs Prozent, die sich die IG Metall aktuell in der Stahlindustrie auf die Fahnen geschrieben hat. Der Kampf für Lohnerhöhungen in der Metallindustrie und anderswo muss dringend mit dem Kampf gegen Billiglöhne verbunden werden. Denn eine weitere Ausdehnung des Niedriglohnssektors würde den Druck auf alle Gehälter wieder erhöhen und künftige Lohnverluste vorbereiten.

zu vertiefen.

Aber jetzt gibt's ja neben zur Peitsche noch ein Zuckerchen: Für jeden Hartz-IV-Empfänger sollen es jetzt fünf Euro mehr im Monat sein...

Die 1,8 Millionen Hartz-IV-Kinder bekommen pro Tag etwa drei Euro für Lebensmittel angerechnet – das ist weniger, als einem Polizeihund (6,80 Euro) zusteht. Statt bitterer Armut für Millionen brauchen wir unbedingt eine Mindestsicherung, von der jeder leben kann.

- **Gewerkschaftliche Kampagne für ein gesetzliches Verbot von Leiharbeit**
- **Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich**
- **Garantierte und unbefristete Übernahme aller Auszubildenden im erlernten Beruf**
- **Für ein öffentliches Investitionsprogramm zur Schaffung von einer Million Arbeitsplätzen jährlich in den Bereichen Bildung, Umwelt, Soziales und Gesundheit**

Brüderle spricht vom „Wirtschaftswunder“, von der Leyen vom „Jobwunder“. Wundert man sich nur, für wie blöd die uns halten: noch immer 400.000 in Kurzarbeit, 750.000 in Zeitarbeit, 300.000 in Ein-Euro-Jobs, ABM-Maßnahmen und und und. Die eigentliche Arbeitslosigkeit liegt nicht bei gut drei Millionen, sondern ist mehr als doppelt so hoch.

Was in den letzten Jahren boomte, das war die Leiharbeit. Seit 2004 hat sie sich de facto verdoppelt. Das ist aber genauso wenig ein

Sprungbrett für eine dauerhafte, gut bezahlte Stelle wie die Ein-Euro-Jobs. So wies das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung nach, dass nur jeder 20. Leiharbeiter darüber einen dauerhaften Arbeitsplatz findet.

Statt Überstunden und Arbeitsstress für die einen und ein zum Nichtstun verdammt Dasein für die anderen, muss die Arbeit auf alle aufgeteilt werden – bei vollem Lohnausgleich. Durch den dringend nötigen Ausbau des Bildungs-, Gesundheits- und Pflegewesens sowie die Förderung regenerativer Energien könnten

Hunderttausende sinnvolle, neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

- **Abschaffung der Mehrwertsteuer**

- **Umstellung des Steuersystems auf direkte Steuern auf Einkommen, Gewinne und Vermögen bei starker Progression für hohe Einkommen**

In Griechenland wurde soeben die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 19 auf 23 Prozent beschlossen. Die Entwicklung in den europäischen Nachbarländern zeigt, wo auch hier die Reise hingehen soll.

Während die Mehrwertsteuer, die alle unabhängig vom Einkommen blechen müssen, auch in Deutschland allein 2007 von 16 auf 19 Prozent stieg, wurde der Spitzensteuersatz in den vergangenen Jahren von 53 auf 42 Prozent gesenkt.

- **Dauerhafte Verstaatlichung aller Banken**

„Eine Bank müste man sein!“ Das wird sich schon mancher Azubi, Student oder Jobsuchender gedacht haben. Jahrelang wurde uns gesagt, zur Sanierung von Schulen oder für den Ausbau der Krankenhäuser sei kein Geld da. Dann wurden für die Ackermänner von heute auf morgen Milliarden locker gemacht. Statt den Profiteuren der Finanz-Imperien weiter Steuergroschen hinterher zu werfen, gehören alle Banken dauerhaft in öffentliches Eigentum.

Durch die Schaffung eines einheitlichen,

- **Enteignung der Dax-30-Konzerne und der weiteren 150 größten Unternehmen. Überführung in öffentliches Eigentum**

Karl Marx hatte Recht: Will man die Verhältnisse ändern, dann muss man die Eigentumsverhältnisse ändern. Wenn Entlassungen und Werkschließungen anstehen, dann reichen Rufe nach einer anderen Steuerpolitik nicht aus. Dann müssen die Unternehmer enteignet werden. Um genauer zu sein: Dann müssen die Enteigner enteignet werden – schließlich waren es die Beschäftigten, die die Betriebe aufgebaut

Die Alternative ist eine Abschaffung der Massenverbrauchssteuer und die Umstellung des Steuersystems. Statt indirekter Steuern muss es ausschließlich eine direkte Besteuerung von Einkommen, Gewinnen und Vermögen geben – bei starker Progression.

Auf der einen Seite sind heute über elf Millionen Menschen in der Bundesrepublik arm, auf der anderen Seite besitzen die reichsten zehn Prozent über 60 Prozent des gesamten Vermögens.

öffentlichen Bankensektors könnte man sicherstellen, dass Gelder für Investitionen in gesellschaftlich sinnvolle Bereiche vergeben werden und günstige Kredite für Otto-Normalkunden angeboten werden.

Bei der Enteignung der Banken geht es nicht um die Enteignung der Kleinanleger, sondern vielmehr um die Sicherung ihrer Einlagen. Gerettet werden sollen nach der Verstaatlichung alle, die gerettet werden müssen. Jeder sollte dann ein kostenloses Girokonto erhalten.

und den ganzen Reichtum geschaffen haben.

In der Vergangenheit haben die Kapitaleigner ihre Vermögen damit begründet, dass sie ein hohes Risiko tragen würden. Na gut: Jahrelang haben sie riskante Geschäfte gemacht und Unsummen eingesteckt. Wenn ihr System jetzt keine Zukunft für die Beschäftigten aufweist, dann müssen sie eben für die Folgen haften – und ihren Hut nehmen.

- **Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung**

- **Durchschnittlicher Tariflohn und jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit aller Personen in Leitungsfunktionen**

Auch in Staatsbetrieben gab es in den letzten Jahrzehnten Bürokratie, Misswirtschaft, Korruption. Das spricht nicht gegen Verstaatlichungen, sondern für eine demokratische Kontrolle. Wer Leitungsfunktionen inne hat, hat Macht. Diese Macht muss kontrolliert werden. Damit es am Ende nicht wieder zu einer Ansammlung abgehobener, privilegier-

ter Manager kommt, dürfen alle Funktionäre nicht mehr erhalten als einen durchschnittlichen Tariflohn. Darüber hinaus ist eine Rechenschaftspflicht sowie eine jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit notwendig. Wer Mist baut, bekommt keinen „goldenen Handschlag“, sondern wird abgewählt und erhält einen normalen Arbeitsplatz im Betrieb.

- **Statt Produktion für den Profit – Planung nach den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt**

Der Kapitalismus ist ein chaotisches, krisenhaftes System. Will man Krisen, Armut und Arbeitslosigkeit beseitigen, muss man das Profitstreben und Privateigentum an den Banken und Konzernen überwinden.

Die Alternative zum Konkurrenzsystem ist eine Planung der Wirtschaft. Aber nicht bürokratisch, von oben herab, in Ein-Parteien-Regimen wie im Ostblock, sondern demokratisch, durch die aktive Einbeziehung aller in

die Diskussions- und Entscheidungsprozesse. Wer behauptet, dass Planung nicht funktionieren würde, ignoriert, dass auch heute in jedem Unternehmen die Produktion geplant wird.

Wenn die Deutsche Bank verstaatlicht ist, dann darf sich auch Josef Ackermann gern für ein Leitungsgremium bewerben – nur auf sein Jahreseinkommen von 14 Millionen Euro muss er dann verzichten.



Thilo Sarrazin (SPD) ist für eine längere Lebensarbeitszeit, für niedrigere Mindestlöhne und für eine drastische Senkung bei den Sozialausgaben. Seine Verachtung gegen Erwerbslose zeigte sich schon 2008, als er Vorschläge machte, wie sich ALG-II-BezieherInnen von weniger als vier Euro am Tag ernähren könnten.

Dieser Sarrazin, der angeblich einen Kreuzzug gegen „Sozialschmarotzer“ führt, ist genau das: ein echter Sozialschmarotzer. Als Berliner Finanzsenator nahm er zum Beispiel 46 „Nebentätigkeiten“ in Aufsichtsräten oder anderen Gremien wahr. Für Sitzungen, die wenige Stunden dauern, kassieren solche Aufsichtsräte mehr, als ein Hartz-IV-Empfänger im ganzen Monat erhält.

Mit seiner Hetze gegen MigrantInnen, vor allem gegen Muslime, will er von der Umverteilungspolitik und von der wahren Parallelgesellschaft – einer kleinen, steinreichen Minderheit – ablenken! Und uns spalten in Beschäftigte und Erwerbslose, Deutsche und Nichtdeutsche und, und, und. Damit wir uns nicht gemeinsam mit aller Kraft gegen die da oben wehren.

Für einen heißen Herbst!

Protest- und Streikbewegung gegen Angriffe der Regierenden aufbauen

Am 7. September streikten drei Millionen Franzosen gegen die Anhebung des Renteneintrittsalters von 60 auf 62 Jahren. Am 29. September, dem Aktionstag des EGB, fanden in Spanien und Griechenland Generalstreiks statt. Für den gleichen Tag rief die CGIL in Italien zu einer landesweiten Demonstration auf, für den 16. Oktober plant die linke Metallergewerkschaft FIOM einen nationalen Protest. Am 20. Oktober soll es in Großbritannien zu Kundgebungen und Demos gegen die Bildungs- und Sozialkürzungen der Regierung kommen.

Das schreit danach, – nach den beiden Demonstrationen der Anti-Krisen-Bündnisse in Berlin und Stuttgart mit 40.000 TeilnehmerInnen am 12. Juni - auch in Deutschland den Widerstand gegen die Kürzungs- und Umverteilungspolitik auf eine neue Stufe zu heben. Die Gewerkschaften sind mit immer

noch sechs Millionen Mitgliedern die Organisationen, die eine starke Gegenwehr in den Betrieben bis hin zu Massenstreiks vorbereiten und durchführen könnten. Damit es mit den geplanten Herbst-Aktionen jedoch nicht nur bei den üblichen Ritualen bleibt, sind Linkspartei, Anti-Krisen-Bündnisse und AktivistInnen in Betrieben und Gewerkschaften gefordert.

Ein Sammelsurium einzelner Aktionen gegen Sozialkürzungen und gegen das Sparpaket, das am 26. November in dritter Lesung im Bundestag verabschiedet werden soll, reicht nicht. Nötig ist die Entwicklung einer Kampfstrategie, um aufzuzeigen, wie die Kämpfe gebündelt werden und massenhaft mobilisiert werden könnte - um Druck auf die Gewerkschaftsführung auszuüben, damit es nicht bei Aktionen zum „Dampf ablassen“ bleibt.

• **Gemeinsam kämpfen gegen Sparpaket, Gesundheitsreform, Atompolitik, Stuttgart 21 und Kürzungen in Ländern und Kommunen**

Die Bundesregierung will nicht nur das Sparpaket und die Gesundheitsreform durchziehen. Sie rechnet sich auch die vom Bundesverfassungsgericht vorgegebene bedarfsgerechte Bezahlung von Hartz-IV-Empfängern auf 364 Euro zurecht. Gleichzeitig schenkt sie den vier dominanten Atomkonzernen über 50 Milliarden Euro. Und stellt sich hinter das Wahnsinnsprojekt Stuttgart 21 (das von der Bundesregierung mit 2,6 Milliarden Euro

Steuergeldern subventioniert wird plus zusätzlicher Milliarden Kostenrisiken bei der Hochgeschwindigkeitstrasse).

Deshalb ist es dringend geboten, dass der Widerstand gegen das Sparpaket mit den anderen Protesten gegen Profitstreben (ob gegen die Atomlobby oder gegen die Stuttgart-21-Mafia) und mit dem Kampf gegen die Schließung von Jugendeinrichtungen oder Kürzungen beim Weihnachtsgeld verbunden wird.

• **Für betriebs- und branchenübergreifende Streiks in den Aktionswochen der Gewerkschaften**

Am 29. September, dem EGB-Aktionstag, wurde eine Chance verpasst. Während in mehreren Ländern an diesem Tag unter der

Losung „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ protestiert und teilweise sogar landesweit gestreikt wurde, lehnte der DGB es ab, auch

in der Bundesrepublik größere Proteste und Streiks auf die Beine zu stellen.

Erst sehr spät, vom 24. Oktober an, sind drei gewerkschaftliche Aktionswochen geplant. Statt verzettelten und vereinzelter Protesten

bedarf es in möglichst vielen Betrieben – und Branchen – zeitgleich Protest- und Streikmaßnahmen, am Besten verbunden mit gemeinsamen zentralen Demonstrationen in der Innenstadt während der Arbeitszeit.

- **Für die Mobilisierung aller Gewerkschaften zu Massendemonstrationen am 13. November**

Bislang möchte der DGB die gewerkschaftlichen Aktionswochen mit Demonstrationen in mehreren Städten abschließen. Statt diese Demos auf einen Tag zu legen, finden unter anderem am 6. November in Hannover, am 13. November in Stuttgart und Nürnberg und am 18. November in Kiel Demos statt. Statt Demos in den zentralen und größten Städten durchzuführen, fehlen zum Beispiel bislang München oder Berlin, zudem wäre nach bisheriger Planung überhaupt keine ostdeutsche Stadt vertreten. Außerdem organisieren gar nicht alle Gewerkschaften Aktionswochen oder mobilisieren aktiv für die Demos. Nötig sind aber unbedingt massenhafte Mobilisierungen und gemeinsame Großdemos aller Gewerkschaften.

Um auf betriebsübergreifende Streiks in den Aktionswochen und Massendemonstrationen am 13. November hinzuarbeiten, sind jetzt

Vertrauensleute- und Betriebsrätekonferenzen nötig. Da die Spitzen der Gewerkschaften ihren Frieden mit dem Kapitalismus geschlossen haben und sich viele Betriebsratsfürsten als Co-Manager gebärden, muss durch die Stärkung innergewerkschaftlicher Opposition, die Zusammenarbeit kritischer KollegInnen, über Anträge und über Initiativen in einzelnen Betrieben massiver Druck geschaffen werden.

Auch DIE LINKE steht in der Pflicht, ihren Apparat und ihre Positionen zu nutzen, eine Massenkampagne mit Flugblättern, Plakaten, Verteilaktionen zu starten und offensiv für grundlegende Alternativen zu den Kürzungen – für die Verstaatlichung der Banken, für Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverzicht, für den Aufbau von Widerstand in den Kommunen – zu werben. Und für eine Alternative zum kapitalistischen Regierungskurs und auch zu der Politik der Hartz-IV-Parteien SPD und Grüne.

- **Für die Vorbereitung eines eintägigen, von den Gewerkschaften organisierten Generalstreiks**

Demonstrationen werden nicht reichen, um das Sparpaket zu stoppen. Durch Streiks kann nicht nur enormer politischer, sondern auch ökonomischer Druck erzeugt werden – denn damit trifft man die Kapitalisten an der Stelle, an der es ihnen am meisten schmerzt: beim Profit.

Eine neue Qualität der Angriffe erfordert auch eine neue Qualität der Gegenwehr. Wenn an einem Tag die Betriebe und das ganze öffentliche Leben lahm gelegt werden würden, könnte wirksamer Widerstand gegen die Herrschenden erreicht werden.

Auch auf diese verknücherten Gewerkschaftsführer lässt sich Druck ausüben. Als im letzten Dezember in Sindelfingen gegen die Verlagerung der C-Klasse spontan gestreikt wurde, musste die IG Metall zuvor nicht geplante De-

mos durchführen. Als Helmut Kohl 1996 sein Sparpaket durchziehen wollte, sahen sich die DGB-Chefs zu einer Schaltkonferenz zur Frage des Generalstreiks gezwungen. Um dahin zu kommen, muss aber zunächst Aufklärungsarbeit in den Betrieben über die Kürzungen und die Möglichkeiten von Gegenwehr geleistet werden. Auf Vertrauensleute-Sitzungen, Betriebsversammlungen und gewerkschaftlichen Konferenzen muss für einen eintägigen Generalstreik argumentiert werden. Durch Aktionen bis hin zu Arbeitsniederlegungen in den Betrieben, durch den Aufbau einer Protestbewegung müssen die KollegInnen Selbstbewusstsein bekommen. Das sollte Hand in Hand gehen mit dem Aufbau einer programmatischen und personellen Alternative zur heutigen Gewerkschaftsspitze.

0,50 Euro